

Niederschrift über die Sitzung des Betriebsausschusses Umweltbetrieb am
20.05.2009

Tagungsort: Altes Rathaus, 1. Etage, Nahariya Raum

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 19:40 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Ralf Nettelstroth

Herr Lothar Pollmann

Herr Detlef Werner

SPD

Frau Barbara Schneider

Herr Dr. Harald Scholz

Herr Holm Sternbacher

Herr Andreas Winter

Herr Hans Hamann

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Rainer-Silvester Hahn

Herr Dr. Jörg van Norden

BfB

Herr Gerd-Peter Grün

Von der Verwaltung:

Frau Ritschel, Dez. 3

Herr Kugler-Schuckmann, 700

Herr Becker, 700

Frau Gertsen, 700.2

Frau Hauptmeier-Knak, 700.4

Herr Eweler, 700.6

Frau Hennen, 700.61

Herr Barthel, Schriftführer

Als Gäste:

Frau Dr. Steidle, Dr. Steidle Consult

Herr Bongarth, Wirtschaftsprüfer, Treuhandpartner, Treuhandpartner Wirtschaftsprüfungsgesellschaft/ Steuerberatungsgesellschaft, Krefeld

Vor Eintritt in die Sitzung stellt Herr Dr. van Norden fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig ist.

- Herr Dr. van Norden stellt die Nichtöffentlichkeit her.-

Nicht öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 Jahresabschluss 2008

Zu Punkt 1.1 Schlussbesprechung des Jahresabschlusses 2008 (Treuhandpartner Wirtschaftsprüfungsgesellschaft/ Steuerberatungsgesellschaft, Krefeld)

Herr Dr. van Norden begrüßt Herrn Bongarth von der Treuhandpartner Wirtschaftsprüfungsgesellschaft/ Steuerberatungsgesellschaft, Krefeld.

Herr Bongarth stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation den Jahresabschluss 2008 vor. Er geht insbesondere auf die betriebswirtschaftlichen Kennzahlen der einzelnen Sparten und deren Veränderungen im Vergleich zu dem Vorjahr ein.

Im Anschluss an den Vortrag möchte Herr Hamann wissen, ob es Bestrebungen gibt, den Kassenkredit zu reduzieren. Er erachtet in diesem Zusammenhang die hohe Ergebnisabführung an den Haushalt der Stadt Bielefeld aus Sicht der Liquidität als problematisch.

Herr Dr. van Norden unterstreicht, dass Tendenzen erkennbar seien, dass der Handlungsspielraum im Umweltbetrieb deutlich enger würde. Herr Nettelstroth schlägt vor, die Überschüsse aus der Stadtentwässerung in den defizitären Bereichen einzusetzen, um so das Defizit bei der Grünunterhaltung, den Friedhöfen und der Straßeninstandhaltung auszugleichen.

Herr Hamann betont, dass bei einer Unabhängigkeit vom Haushalt der Stadt Bielefeld generell eine bessere strategische Entwicklung des Umweltbetriebes möglich sei. Herr Hahn ergänzt, dass beim Mittelfluss an den Haushalt Grenzen gezogen werden sollten. Herr Nettelstroth stimmt diesem Ansatz zu und fordert, die strukturellen Fragen in Kontext zur finanziellen Entwicklung zu setzen.

Herr Hamann unterstreicht abschließend für die SPD-Fraktion, dass eine erhöhte Gewinnabführung nicht zu einer Erhöhung der Friedhofsgebühren führen dürfe.

Beschluss:

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis.-

Nachdem Herr Dr. van Norden sich bei der Betriebsleitung im Namen des Ausschusses für den guten Jahresabschluss bedankt hat, beendet er den ersten Teil der nichtöffentlichen Sitzung um 17.30Uhr.

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 2 Jahresabschluss 2008

Zu Punkt 2.1 Feststellung des geprüften Jahresabschlusses 2008 des Umweltbetriebes der Stadt Bielefeld sowie die Entlastung der Betriebsleitung und des Betriebsausschusses

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6821/2004-2009

Unmittelbar nachdem der Ausschussvorsitzende die Öffentlichkeit hergestellt hat, bedankt sich Herr Hamann bei der Betriebsleitung für das gute Ergebnis. Er verweist in diesem Zusammenhang noch einmal deutlich auf seine Aussage im nichtöffentlichen Teil, dass eine erhöhte Gewinnabführung nicht zu einer Erhöhung der Friedhofsgebühren führen darf.

Der Ausschuss fasst daraufhin unter dem Hinweis auf die im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vorangegangene Berichterstattung und Beratung folgenden

Beschluss:

1. **Der Betriebsausschuss des Umweltbetriebes der Stadt Bielefeld stellt die Entlastung der Betriebsleitung fest.**
2. **Der Betriebsausschuss des Umweltbetriebes der Stadt Bielefeld / der Finanz- und Personalausschuss empfehlen dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:**

2.1 Der Rat der Stadt Bielefeld nimmt vom Ergebnis der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft treuhandpartner vorgenommenen Pflichtprüfung des Umweltbetriebes der Stadt Bielefeld für das Geschäftsjahr 2008 zur Kenntnis und stellt den Jahresabschluss mit einer Bilanzsumme von 644.548.743,83 € und einem Jahresgewinn in Höhe von 6.356.668,74 € in der geprüften Form fest.

Über die Gewinnverwendung wird zu einem späteren Zeitpunkt entschieden.

2.2 Der Betriebsausschuss bittet den Rat die Entlastung des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes der Stadt Bielefeld festzustellen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 43.Sitzung des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes am 01.04.2009**

Es werden keine Einwände erhoben.

Beschluss:

Die Niederschrift wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 4 **Mitteilungen**

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Zu Punkt 5 **Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

Zu Punkt 6 **Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

Zu Punkt 7 **Bericht zu ordnungsbehördlichen Bestattungen**
-mündlicher Bericht-

Herr Kugler-Schuckmann stellt dem Ausschuss anhand einer Powerpoint-Präsentation das Verfahren und den rechtlichen Rahmen bei ordnungsbehördlichen Bestattungen vor.

Er geht dabei auch auf den Zeitungsartikel in der NW vom 28.04.2009, sowie die sich darauf beziehenden Leserbriefe der Folgetage ein.

Wenn die Kommune eine ordnungsbehördliche Bestattung im Rahmen der Ersatzvornahme durchführe, sei sie gesetzlich gehalten, die günstigste Bestattungsform zu wählen, dies beinhalte keine Trauerfeier.

Bei Sozialbestattungen, die vom Sozialamt aufgrund einer anderen gesetzlichen Grundlage bewilligt würden, seien aber auch andere Bestattungsformen möglich.

Eine Anfrage bei der Stadt Herford habe gezeigt, dass durch die Zusammenarbeit mit privaten und kirchlichen Trägern (auch über Spendengelder), Möglichkeiten für die Durchführung von Beisetzungsfeiern geschaffen werden können. Diese Kosten würden dann durch die Träger/ Spendengelder finanziert und nicht den Gesamtbestattungskosten zugerechnet.

Herr Kugler-Schuckmann führt abschließend aus, dass man sich ein ähnliches Konzept auch für Bielefeld vorstellen könne. Dazu seien bereits

erste Kontakte zu kirchlichen Trägern aufgenommen worden.

Herr Werner möchte wissen, ob bei jeder der 120 ordnungsbehördlichen Bestattungen der Wunsch von Nachbarn oder Freunden nach einer Beisetzungsfeier bestehe. Eventuell könne doch auch eine Einzelfallregelung getroffen werden.

Herr Kugler-Schuckmann verneint dies. Es gäbe auch Personen, die in Kliniken und Altersheim sterben würden, die kein soziales Umfeld mehr hätten. Einzelfallregelungen kämen nicht in Betracht, da der Gleichheitsgrundsatz gewahrt werden müsse. Darüber hinaus widerspräche diese Vorgehensweise den rechtlichen Vorgaben. Er weist in diesem Zusammenhang auch auf Rechtsprechungen des OVG Münster.

Frau Ritschel erklärt zu diesem Tagesordnungspunkt, dass der Bericht aufgrund des Presseartikels entstanden sei und auf diesem Weg die Hintergründe erläutert werden sollen. Sie sieht die Kommune in der Pflicht, sich an die rechtlichen Grundsätze zu halten. Auch Einzelfallregelungen scheiden für sie aus. Sie betont aber, Ideen zu sammeln und Gespräche mit Kirchen und anderen Trägern zu suchen, um vielleicht auch über das Ehrenamt neue Ansätze zu finden.

Herr Hahn möchte wissen, ob eine anonyme Bestattung notwendig ist oder es Alternativen, auch für Feierlichkeiten gibt. Herr Hamann fragt, inwieweit die gesetzliche Grundlage grundsätzlich der Würde des Menschen entspricht. Eventuell müsse man dies auch in eine ganz andere Form bringen. Er gibt aber zu bedenken, dass bei einer anderen Lösung auch die Kosten im Blick behalten werden müssten.

Frau Ritschel antwortet, dass die gesellschaftliche Tendenz dahin gehe, das Angebot der anonymen Bestattung vermehrt anzunehmen. Die Bestattungskultur orientiere sich immer mehr auch an finanziellen Aspekten. Die Verwaltung wird zu diesem Thema weiter berichten, sobald mit den Kirchen gesprochen worden sei.

Die Powerpoint-Präsentation ist diesem Protokoll als Anlage beigelegt.

Beschluss:

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis.-

-.-.-

Zu Punkt 8

Bericht zur Unterhaltung der Alten Kapelle und der Schöpfbrunnen auf dem Sennefriedhof **-mündlicher Bericht-**

Frau Hennen bezieht sich auf den TOP 5.1 des Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss vom 05.05.2009 zu „Durchführungen von Sicherungsmaßnahmen auf dem Sennefriedhof, Alte Kapelle und Schöpfbrunnen“ und beantwortet die Anfrage von Herrn Meichsner anhand einer Powerpoint-Präsentation.

Sie geht dabei im Einzelnen auf den Grünbewuchs, die Schöpfbecken und den Amphibienschutz ein.

Im Anschluss an den Vortrag wendet Herr Nettelstroth ein, dass er sich eine andere Darstellung der Beantwortung gewünscht hätte.. Er habe den Eindruck, dass die Verwaltung dieses Thema mit einer anderen Wertigkeit als die Politik betrachte. Dieser Ansicht schließt sich Herr Werner an.

Herr Kugler-Schuckmann weist darauf hin, dass es im vergangenen Jahr eine Begehung auf dem Sennefriedhof gegeben habe, bei der aus seiner Sicht auch alle im Antrag angesprochenen Fragen diskutiert und geklärt worden seien. Er sei daher überrascht, dass dies noch einmal als Thema angesprochen worden sei.

Frau Ritschel ergänzt, dass sie im USTA bereits ausführlich auf die Anfrage eingegangen sei. Um abschließend zu einer Einigung zu kommen, schlägt sie einen Ortstermin auf dem Sennefriedhof vor.

Herr Dr. van Norden ergänzt, dass er den TOP auf die Tagesordnung genommen habe und verweist auf die Diskussion im USTA..

Herr Winter merkt an, im Vorfeld nicht ausreichend informiert worden zu sein. Als Nichtmitglied im USTA wären ihm die Zusammenhänge nicht bekannt. Er bittet darum, zukünftig ausführlicher informiert zu werden. Herr Nettelstroth unterstreicht, dass eine Vorabinformation hilfreich wäre. Für einen erneuten Ortstermin sieht er keine Veranlassung. Er wird das Thema noch einmal persönlich nachhalten.

Herr Hamann hat den Eindruck, dass das Thema in den Gremien nicht mehr arbeitsökonomisch behandelt wird.

Frau Ritschel möchte das Angebot des Ortstermins aufrechterhalten, um die Anfrage weiter auf der sachlichen Ebene zu diskutieren.

Die Anfrage der CDU-Fraktion ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Beschluss:

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis.-

-.-.-

Zu Punkt 9

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen liegen nicht vor.